

Aktive Friedenspolitik beginnt bei dem Umgang mit sogenannten Minderheiten

Ein Beitrag zur Strategiedebatte von Susann Schöniger, LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik

Aktive Friedenspolitik beginnt bei dem Umgang mit sogenannten Minderheiten.

Aus diesem Grund trägt aus meiner Sicht eine konsequente Wandlung unserer separierenden Gesellschaft in eine inklusive Gesellschaft zur aktiven Friedenspolitik bei. Erst wenn wir empathisch und selbstverständlich mit den sogenannten Minderheiten umgehen und Verschiedenheit als Normalität betrachten, dann haben wir auch echte Chancen auf wirklichen Frieden. Es spielt dann keine Rolle mehr, ob jemand behindert oder nicht behindert ist... es ist dann egal, woher jemand kommt und die Liste lässt sich fortführen....

Zumal wenn man sich die ganze Bandbreite sogenannter Minderheiten einmal wirklich vergegenwärtigt, sind diese Minderheiten dann wirklich noch Minderheiten oder bilden sie in ihrer Gesamtheit nicht sogar die Mehrheit... zumindest mal eine Überlegung wert, oder?

Deutschland hat Förderbedarf bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bescheinigt bekommen und Sachsen ist in dem Zusammenhang mit seiner Verweigerungshaltung bei der Umsetzung im Besonderen kritisiert worden.

Wir als LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik in der Partei die LINKE fordern daher unverzüglichen Handlungsbedarf. Wir können und wollen nicht zulassen, dass hier ein Menschenrecht nicht genügend umgesetzt wird.

Menschen, die sich mit der UNBRK auseinandergesetzt haben, wissen, dass es hierbei weit mehr als um die Durchsetzung von Barrierefreiheit geht. Hierbei geht es um den geforderten Paradigmenwechsel, wonach nicht sogenannte Special Needs sich gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen haben, sondern indem die Gesellschaft sich den sogenannten Special Needs anpasst.

Es geht in meinen Augen endlich darum, das geforderte Umdenken, endlich mit Leben und Wirklichkeit in Sachsen zu erfüllen.

Die Tragweite dieses Paradigmenwechsels scheint leider allzu häufig noch nicht wahrgenommen zu werden.

Ein Menschenrecht darf nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Es muss um Umverteilung finanzieller Ressourcen gehen.

Die Konsequenzen einer konsequenten Verweigerungshaltung an dieser Stelle kommen uns allen am Ende teuer zu stehen. Sowohl in materieller als auch in immaterieller Hinsicht.

Wenn es daher um Strategien und damit auch irgendwie um Zukunft geht, dürfen wir uns daher als LINKE, die sich für aktive Friedenspolitik stark macht, auch diesem Thema nicht verschließen. Aus meiner Sicht ist das geradezu der Lackmustest echter linker Politik.